Kritische KollegInnen reden

KLARTEXT

Im Krankenanstaltenverbund Nr. 75

rso
revolutionär sozialistische organisation

Corona: Krisen und Lösungen

Nun ist es auch in Österreich so weit: in Folge des Corona-Virus werden umfassende staatliche Maßnahmen gesetzt. Politik und Medien bemühen dabei einen nationalen Schulterschluss: Gemeinsam schaffen wir das! Während ein milliardenschweres Hilfspaket für die Wirtschaft in kürzester Zeit gebastelt wurde, trifft es die Beschäftigten im Gesundheitsbereich, die seit Jahren einen Mangelbetrieb aufrechterhalten, nun besonders hart. Wo sind die Hilfspakete für uns Arbeitende?

Die aktuellen Maßnahmen zeigen, dass es sehr wohl möglich ist innerhalb kürzester Zeit weitreichende Schritte zu setzen. Egal ob Schulschließungen, Ausbau medizinischer Betreuung, Konzertabsagen oder die Finanzierung von Kurzarbeit: kein einziges Mal hieß es, dass sei unmöglich oder nicht finanzierbar. Diese Standardfloskel bekommen wir normalerweise immer zu hören, wenn es um die Finanzierung des ohnehin angeschlagenen Gesundheits- und Sozialbereichs geht. Es geht hier also um Prioritäten.

Die Regierung steht sofort bereit, wenn große Unternehmen sich davor drücken wollen ihre MitarbeiterInnen weiterhin zu bezahlen. Die großen Gewinne werden sonst immer mit dem unternehmerischen Risiko gerechtfertigt. Wird dieses aber dann wirklich mal schlagend, wird mit Steuergeld nachgeholfen. Die enormen Profite dieser Unternehmen der letzten Jahre bleiben unangetastet. Kommt es in Folge des Virus zu einer Wirtschaftskrise, wissen wir jetzt schon auf wessen Seite die Regierung dabei stehen wird.

Hartes Durchgreifen ...

Die aktuelle Situation mag viele der weitreichenden Maßnahmen rechtfertigen. Für die Regierung geht es aber letztlich um mehr. Für sie ist es eine willkommene Gelegenheit den „starken Mann“ zu spielen und sich Legitimation für autoritäre Maßnahmen zu holen. Jetzt ist die Zeit für staatliches Durchgreifen. Dass jetzt die Zeit für weitreichende Maßnahmen gekommen ist, werden wir in Bezug auf Wirtschaftskrise, Flüchtende und Protestbewegungen in Zukunft noch öfter zu hören bekommen. Mit dem gleichen entschiedenen Vorgehen wie gegen Corona soll schon heute der Schutz der EU-Außengrenzen sichergestellt werden.

… auch an der Außengrenze

In Bezug auf die aktuelle Situation an den EU-Außengrenzen sind sich die Herrschenden einig: 2015 darf sich nicht wiederholen. Um wen es dabei nicht geht: flüchtende Menschen. Denn die leben weltweit nach wie vor in krisenhaften Verhältnissen. Es geht also um die Aufrechterhaltung der „öffentlichen Ordnung“ und das Bewahren der Kontrolle durch Polizei und Bundesheer. Das gilt im Kampf gegen Flüchtende wie gegen das Corona-Virus. Willkommen zur Generalprobe im apokalyptischen Katastrophen-Kapitalismus.

Wir leben nun einmal in einer globalisierten Welt – und da gibt es auch kein Zurück mehr. Das zeigen die rasante weltweite Ausbreitung des Coronavirus und das Zusammenbrechen globaler Lieferketten in Folge davon. Das zeigen aber auch die Geflüchteten an den EU-Außengrenzen und jene, die in der Türkei, im Libanon oder in Libyen festsitzen. Für Viele in Europa sind die aktuellen Einschränkungen, die Region oder das eigene Land nicht verlassen zu können, neu und beklemmend. Für Menschen die vor Krieg, Hunger und Naturkatastrophen fliehen sind sie tödliche und alltägliche Realität.

Globale Krisen und Lösungen

Die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr, dass eine Lösung der Probleme auf unserem Planeten nur global möglich ist. Dazu braucht es Solidarität und veränderte Kräfteverhältnisse. Zur Kasse gebeten werden müssen die großen Konzerne und Superreichen, deren Milliardenvermögen in Steuerparadiesen gebunkert sind, während weltweit immer mehr Menschen einen Ausweg aus Krisensituationen benötigen.

Das schnelle und entschiedene Handeln, das bei Corona möglich ist, sollten wir mit Nachdruck in Bezug auf die ökologische und soziale Krise fordern. Wir hätten da auch ein paar Vorschläge:

***Ausbau des Gesundheits- und Sozialwesens statt Kaputtsparen und schleichender Privatisierung**

***Arbeitszeitverkürzung bei vollem Personal- und Lohnausgleich statt Kurzarbeit und Kündigungen**

***hohe Besteuerung von Unternehmensgewinnen, Stiftungen und Erbschaften statt staatlichen Subventionen für „angeschlagene“ Konzerne**

***massive Reduktion des Flugverkehrs und sofortiger Rückbau der Autoproduktion statt baldiger Rückkehr zum Normalbetrieb**

Damit könnte man ja mal beginnen. Heute zum Beispiel.

Du hast Ideen oder Infos? klartext@sozialismus.net

Kritische KollegInnen reden

KLARTEXT

Im Krankenanstaltenverbund Nr. 75

rso revolutionär sozialistische organisation

Unsere Stimme im Krankenhaus

Corona und das Gesundheitswesen

Die Regierung betont in ihren Maßnahmen gegen das Corona-Virus, dass ein zentrales Ziel der Schutz und die Aufrechterhaltung der Spitalsinfrastruktur ist. Wir sind vollkommen der gleichen Meinung. Aber ist das gesamte Gesundheitssystem nicht schon seit Jahren am Rande des Kollapses? Ist die Verwaltung einer permanenten Mangelsituation nicht schon längst zum Alltagszustand geworden?

In einer besonders angespannten Krisensituation wie jetzt rächt sich das jahrzehntelange Kaputtsparen und die schleichende Privatisierung im Gesundheitsbereich besonders. Infrastruktur und Personal, die schon zu Zeiten des „Normalbetriebs“ ständig am Limit sind, sind für höhere Zusatzbelastungen schlecht aufgestellt.

In den letzten Jahren wurde speziell in der Pflege auf die prekäre Situation aufmerksam gemacht. Bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechtere Entlohnung und mehr Personal wurden gefordert. Für die zuständigen PolitikerInnen sind die Stimmen der Beschäftigten selbst, es aber anscheinend nicht wert Gehör zu finden. Aktuell wurden ohne mit der Wimper zu zucken Milliarden von Euros für die Bewältigung der Krise locker gemacht. Das zeigt: das Geld ist da und es geht hier um eine Frage von Prioritäten. Die strukturelle Krise des Gesundheitssystems steht bei keiner der Parteien und ihren Finanziers im Hintergrund weit oben auf der Liste.

Streiks wegen Corona

Corona Der Umgang mit dem Corona-Virus führt gerade in verschiedenen Ländern zu Streiks von Belegschaften:
In der Universitätsklinik Lewisham

(London) wurde das ausgelagerte Reinigungs- und Küchenpersonal über Monate nicht richtig und im März gar nicht mehr bezahlt. 30 KollegInnen sind deshalb in Streik getreten. Wenn sie in Zeiten von Corona weiter für Hygiene und Essen sorgen sollen, dann auch ordentlich bezahlt und mit sicheren Arbeitsverhältnissen.

In Norditalien ist es in verschiedenen Produktionsbetrieben zu Streiks gekommen. Die Arbeitenden sollten am Fließband weiterarbeiten, ohne den notwendigen Sicherheitsabstand einhalten zu können, ohne Schutzausrüstung. Gefordert wurde die Einhaltung der Sicherheitsmaßnahmen, manchmal aber auch die Einstellung der Produktion, die aktuell absolut nicht notwendig ist und nicht zur „kritischen Infrastruktur“ zählt. Bei Ferrari konnte die streikende Belegschaft eine zweiwöchige Betriebsschließung bei Entgeltfortzahlung erreichen.

Weil nicht genügend Händedesinfektion vorhanden war, haben 120 MitarbeiterInnen der Müllabfuhr im englischen Bexley die Arbeit niedergelegt. Sie fordern außerdem gleichen Lohn wie im benachbarten Greenwich, volle Bezahlung im Krankheitsfall und ein Ende der Nullstundenverträge (bezahlt wird nur für geleistete Stunden, die aber nicht garantiert werden).

Die Beschäftigten des Nahverkehrsunternehmens TEC im wallonischen Lüttich-Verviers sind in Streik getreten, kein Bus verließ die Depots. In den Bussen waren keine Sicherheitsvorkehrungen für die FahrerInnen vorhanden.

Besoldungsreform

Vor einem Jahr haben die Proteste für die Optierung Fahrt aufgenommen, ausgehend von einer Basis-Vernetzung. Vor einem halben Jahr wurde sie dann vom Bürgermeister zugesagt. Passiert ist nichts mehr. Was wäre, wenn die Pflege jetzt mit derselben Geschwindigkeit arbeiten und genauso „Wort halten“ würde?

Pflege daheim in Gefahr

Die geplanten Grenzschließungen haben bei Vielen Ängste ausgelöst, wie sie die Betreuung ihrer pflegebedürftigen Angehörigen gewährleisten sollen. Von den knapp 30.000 24-Stunden-Pflegekräfte stammen nur 1,6% aus Österreich. Was, wenn diese KollegInnen aus vor allem osteuropäischen Ländern nicht mehr nach Österreich einreisen dürfen? Hier soll es angeblich Sonderregelungen geben. Dieses Beispiel zeigt die heuchlerische Doppelmoral der herrschenden Politik: genau diese Gruppe, ist von der geplanten Anpassung der Familienbeihilfe an die Lebenskosten vor Ort besonders betroffen, viele haben deshalb auch den Job in Österreich an

Impr.: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, Druck: Eigenvervielfältigung

Kritische KollegInnen reden

KLARTEXT

Im Krankenanstaltenverbund Nr. 75

rso revolutionär sozialistische organisation

Unsere Stimme im Krankenhaus

den Nagel gehängt.

Bestes Gesundheitssystem der Welt?

Damit rühmen sich PolitikerInnen verschiedener Parteien gerne. Wir wissen, dass dieses System schon lange kaputtgespart wird. Jetzt wird deutlich, dass es an Personal und Material mangelt, wenn Urlaubssperren verhängt werden, KollegInnen angehalten werden Schutzausrüstung nicht zu wechseln und Betten schon ohne Corona-Fälle ausgelastet sind.

Bettenreduzierung und Katastrophenschutz

Von 2012 bis 2918 wurden die Spitalsbetten von 7,68 auf 7,27 pro 1000 EinwohnerInnen reduziert. Kleinere Spitäler wurden und werden geschlossen. Jahrelang wurde behauptet es gäbe zu viele (Intensiv)Betten in den Spitälern und sie müssten abgebaut werden. Das rächt sich jetzt.

Das Bundesheer hat Hilfe beim zur Verfügung stellen von Betten in den Militärspitälern abgelehnt. Die Bettenstationen und Notfallbetten wurden wegen Einsparungen geschlossen. Dabei sollte aus unserer Sicht das österreichische Bundesheer gerade für den Katastrophenschutz herhalten. Für Kriegseinsätze der Herrschenden brauchen wir es nicht.

Gefahrenzulage jetzt

Spätestens jetzt zeigt sich, welche Berufsgruppen besonders von Ansteckungen gefährdet sind. Wir fordern sofort eine Gefahrenzulage für alle die in der aktuellen Situation weiter am Arbeitsplatz im Kontakt mit Menschen aktiv sind, damit die Versorgung der Bevölkerung weiter funktioniert. Dazu gehört unter anderem Personal in den Krankenhäusern, den öffentlichen Verkehrsmitteln, in den Sozialen Berufen im Kindergarten, Wohngemeinschaften, Frauenhäusern und Geflüchtetenunterkünften. Auch das Personal im Handel und ReinigerInnen sowie Abfallbeseitigung, die heute die Hygiene aufrechterhalten verdienen nicht nur besondere Anerkennung, sondern auf eine finanzielle.

e Einstellung der Produktion, die aktuell absolut nicht notwendig ist und nicht zur „kritischen Infrastruktur“ zählt. Bei Ferrari konnte die streikende Belegschaft eine zweiwöchige Betriebsschließung bei Entgeltfortzahlung erreichen.

Weil nicht genügend Händedesinfektion vorhanden war, haben 120 MitarbeiterInnen der Müllabfuhr im englischen Bexley die Arbeit niedergelegt. Sie fordern außerdem gleichen Lohn wie im benachbarten Greenwich, volle Bezahlung im Krankheitsfall und ein Ende der Nullstundenverträge (bezahlt wird nur für geleistete Stunden, die aber nicht garantiert werden).

Die Beschäftigten des Nahverkehrsunternehmens TEC im wallonischen Lüttich-Verviers sind in Streik getreten, kein Bus verließ die Depots. In den Bussen waren keine Sicherheitsvorkehrungen für die FahrerInnen vorhanden.

Gerangel um Impfstoff

Anstatt dass alle fähigen WissenschaftlerInnen der Welt an einem Impfstoff arbeiten, stehen wieder Profitinteressen der Pharmaindustrie an erster Stelle. US-Präsident Trump versucht von der in Deutschland ansässigen Firma „CureVac“ einen Impfstoff nur für die USA zu kaufen. Die deutsche Regierung will das mit finanziellen Zuwendungen verhindern (obwohl CureVac schon öffentliche Fördergelder) bekommt. Kann man Gesundheit kaufen? Im Kapitalismus jedenfalls.

„Corona machts möglich“

Kein Werbespot einer Biermarke, sondern bittere Realität. In Österreich lockert das Arbeitsministerium per Erlass das Arbeitszeitgesetz. Die Höchstarbeitszeit darf jetzt überschritten werden, die Ruhezeiten unterschritten werden.
Wenn es so einfach geht, wäre es doch gut dem Pflegemangel gegenzusteuern und die 35 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich per Erlass einzuführen, für den in den gewerkschaftlichen Verhandlungen gerade gekämpft wird?!

Was ist der Klartext?

Der Klartext ist ein Betriebsflugblatt von KollegInnen für KollegInnen im KAV. Das Flugblatt wird von der politischen Gruppe Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO) in Zusammenarbeit mit KollegInnen herausgegeben.

Das Ziel dabei ist es, ArbeiterInnen selbst zu ermächtigen, damit wir uns nicht alles gefallen lassen müssen. Der Klartext unterstützt fortschrittliche und kämpferische Initiativen und spricht sich für eine sozialistische Politik aus. Wir haben zum Beispiel 2013 die „Initiative Übernahme“ für die Übernahme der LeiharbeiterInnen im AKH unterstützt und 2015 die „Care Revolution Wien“ mit initiiert. 2019 beteiligten wir uns am Kampf von „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

fb.com/klartextkav **www.sozialismus.net**

Impr.: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, Druck: Eigenvervielfältigung